

BUCHBESPRECHUNGEN

- Arendt, Hannah:** *Wahrheit gibt es nur zu zweien* (Rainer Miebe) 513
- Dittberner, Jürgen:** *Zeitenwandel* (Helge F. Jani) 514
- Eberl, Oliver / Salomon, David (Hg.):** *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie* (Felix Sassmannshausen) 516
- Eppler, Werhard / Paech, Nico:** *Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug* (Udo Ernst Simonis) 518
- Hartleb, Florian:** *Die Stunde der Populisten* (Thomas Michael Klotz) 522
- Obwexer, Walter / Happacher, Walter / Baroncelli, Stefania / Palermo, Francesco (Hg.):** *EU-Mitgliedschaft und Südtirols Autonomie* (Andreas Raffener) 523
- Schünemann, Wolf J.:** *In Vielfalt vermeint* (Isabelle-Christine Panreck) 524
- Weidenfeld, Werner:** *Europas Seele suchen* (Peter Cornelius Mayer-Tasch) 526

Hannah ARENDT: Wahrheit gibt es nur zu zweien. Briefe an die Freunde, hrsg. von Ingeborg Nordmann, München: Piper 2013, 464 S., € 29,99

Hannah Arendt gehört zu den profiliertesten und fleißigsten Briefeschreibern des zwanzigsten Jahrhunderts. Zahlreiche Personen, mit denen sie sich austauschte, gehören zu den bedeutendsten Intellektuellen und Philosophen ihrer Zeit. Die Briefe von Karl Jaspers, Martin Heidegger, Kurt Blumenfeld, Hermann Broch, Mary McCarthy füllen allein mehrere Bücherregale. Etliche Briefe liegen noch in der Library of Congress und kön-

nen noch veröffentlicht werden, z. B die Briefe an Hilde Fränkel und Dolf Sternberger.

Der von Ingeborg Nordmann herausgegebene Band präsentiert in chronologischer Reihenfolge (1928–1975) 169 ausgewählte, von Arendt verfasste Briefe ohne die jeweilige Gegenkorrespondenz. Das Material ist nicht neu, sondern so angeordnet, dass sich die Lebens- und Gefühlswelt der Denkerin, ihre Einstellung zu Liebe und Freundschaft, etwas leichter aus dem »vielschichtigen Mosaik der Briefe« (S. 387) in den Blick nehmen lässt. Nordmann beruft sich auf Arendts beste Freundin, Rahel Varnhagen, deren Briefsammlung »Buch des Andenkens für ihre Freunde« sowohl formal als auch thematisch Vorbild sein soll.

Es geht nämlich um die Liebe und um die Freundschaft, die sich neben den vielen geisteswissenschaftlichen wie politiktheoretischen Diskussionen in den Briefen Arendts widerspiegeln. Die Komplexität dieses Gegenstandes versucht Nordmann in ihrem Nachwort »Über die Liebe und die Räume der Freundschaft« feinsinnig zu erschließen. Wahrheit gibt es nur zwischen zweien. In der Intimität der Beziehung. Dabei ist die Differenz von Liebe und Freundschaft wichtig. Liebe ist ein Ereignis, das uns überwältigt und zustößt, den Zwischenraum und die Distanz zwischen den Menschen aufhebt. In der Freundschaft bleibt der Zwischenraum. Er muss immer wieder neu überbrückt werden. Beide Lebensformen sind kontingent. Liebe ist im Andenken zu bewahren (Treue, vgl. S. 394). Freundschaft bedarf stets einen neuen Anfangs, verlangt Beweglichkeit und die Bereitschaft zur Distanz und Annäherung.

Der Wechsel von Liebe und Freundschaft zeigt sich besonders in den Briefen an Heidegger, Blücher und Jaspers. Nordmann ergänzt die Briefe in den Fußnoten durch hilfreiche Erläuterungen. Der Leser wundert sich über die komplexen Zugangsweisen nicht, die Arendt in den Briefen ihren Partnern zumutet. Jaspers sah die Originalität der Totalitarismus-Studie in der dramatisch verwickelten Darstellungsform, die sich noch heute deutlich abhebt von den rein sachlich orientierten historischen Arbeiten zur totalen

Herrschaft des Nationalsozialismus und des Stalinismus.

Arendts Briefe zeigen eine ganze Palette von Widersprüchlichkeiten, die seit jeher die Diskussionen auch über ihre Werke bestimmt haben. Setzt man einerseits die Wahrheit zwischen zweien an, zwischen den Menschen, in der Freundschaft, die lebenslang geprüft wird und in Gefahr geraten kann (Heidegger), so räumt Arendt dem inneren Zwiegespräch mit sich selbst sehr viel Raum ein. Mary McCarthy hat diesen Widerspruch Arendt gegenüber oft hervorgehoben.

Komplizierte Konstrukte der Philosophie und Literatur übten auf Arendt einen starken Einfluss aus. So finden wir in den vorliegenden Briefen keine Hinweise auf die großen Schriftsteller Siegfried Lenz, Günter Grass oder Heinrich Böll. Sie wirkten in der Öffentlichkeit weitaus nachdrücklicher als Hermann Broch, dessen *Tod des Vergil* für Arendt einzigartige Dichtung war, in der Broch aber den Bogen überspannt und sich von der Wirklichkeit in hyperkomplexer Manier entfernt.

Dasselbe könnte man zumindest teilweise über Hannah Arendts Politische Philosophie sagen. Der Versuch, mit der Kant'schen reflektierenden Urteilskraft das Politische zu ergründen und diese Konzeption gegen das Herrschaftsdenken einzusetzen, gelingt ihr nicht überzeugend. Kant hat diese Ausrichtung bekanntlich nicht vorgenommen. Ebenso ist ihre Eichmann-Studie als Bericht zur Banalität des Bösen fragwürdig, denn in Eichmann kann man durchaus die Wirkungsgeschichte eines emotions- und inhaltslosen kategorischen Imperativs erkennen, der die Handlungen aus Achtung fürs Gesetz rechtfertigt, der sogenannten Pflicht. Dieses negative Verständnis geht möglicherweise eher auf Kant zurück als auf das von Arendt behauptete Nichtdenken von Adolf Eichmann. Kant war und blieb für Arendt jedoch immer ein großer Denker. Daran hing sie wie an der Philosophie der Griechen.

Rainer Miebe

Jürgen DITTBERNER: *Zeitenwandel. Jahre politischer Ansichten 1979 bis 2016*, Stuttgart: ibidem-Verlag, 2016, 491 S., 39,90 €

Mit seinem Band *Zeitenwandel* legt Jürgen Dittberner eine Sammlung von Texten vor, die zwi-

schen 1979 und 2016 erschienen sind. Es handelt sich um kurze Essays und Streifzüge, teilweise um tagebuchähnliche Einträge und Beobachtungen zu politischen Themen und zum Zeitgeschehen in Berlin, in Brandenburg und in der Bundespolitik. Daneben stehen kurze Notizen aus dem politischen und dem akademischen Leben des Autors. Man fühlt sich ein wenig erinnert an Johannes Gross' *Nachrichten aus der Berliner Republik* aus dem Jahr 1999, wobei der intellektuelle Ertrag bei Gross deutlich schwerer wiegt.

Alle Texte sind über die Jahre bereits an anderer Stelle erschienen, teilweise als Meinungsbeiträge in Tageszeitungen, teilweise in größeren Buchprojekten und oder als Online-Publikationen. Für den nun vorliegenden Band wurden die Texte unverändert in ihrer ursprünglichen Form abgedruckt. Dabei stößt man an einigen Stellen auf das Wort »Altparteien« (u.a. S. 25 und S. 372) – Dittberners Bezeichnung für die Parteien der Bonner Republik. Heute schaut man etwas genauer hin, handelt es sich bei diesem Wort um einen von der »Alternative für Deutschland« gebrauchten begriff, mit der eben diese Parteien verächtlich gemacht werden.

Das nur wenige Sätze umfassende Vorwort verhält sich wie ein zu locker geschnürter Schuh: Beim Vorwärtsgehen verliert man schnell den Halt. So bekundet Dittberner: »Die Menschheitsgeschichte geht ständig weiter, aber sie schreitet nicht voran« (S. 11). Wenige Sätze später schließt er mit der Feststellung: »Der Zeitenwandel ist weder gut noch schlecht. Er bringt Veränderungen« (S. 12). Wenn eine Textsammlung mit »Zeitenwandel« überschrieben ist, spricht viel für einen weiten, amorphen Themenbogen. Und dieser Bogen reicht bei Dittberner von der Berliner Kommunalpolitik bis zum Föderalismus, von Gedenkstättenpolitik im vereinten Deutschland bis zur Globalisierung und vom Land Brandenburg bis hin zur Reputation von Berufspolitikern.

Jürgen Dittberner hatte Lehrstühle für Politikwissenschaft in Berlin und Potsdam inne und war zudem als Staatssekretär in den Ländern Berlin und Brandenburg tätig. Er kennt nicht nur den akademischen Lehrbetrieb, sondern auch das Innenleben von Parlamenten, die Entscheidungspfade der öffentlichen Verwaltung, ihre Beharrungskräfte und ihren spezifischen Arbeitsmodus.

Im Atmosphärischen sind die Texte am stärksten; Dittberner schreibt über die Befindlichkeiten des alten West-Berlin aus eigenem Erleben: Die eingemauerte Halb-Stadt, der Kurfürstendamm, der sich an London und New York orientierte sowie die politische Enge, die durch die ideologische Block-Konfrontation überall in der Stadt zu spüren war. Auch für Berlin begann 1990 eine neue Zeitrechnung: »Seit der deutschen Einheit gibt es keine Westberliner, keine Wessis aus dem Teilstaat und keine Zonis mehr. Arbeitslosigkeit und Globalisierung plagen die gesamte, nun vereinte Nation« (S. 58).

Die Neugründung des Landes Brandenburg nach der Deutschen Einheit hat Dittberner aus nächster Nähe miterlebt; sowohl aus politischer und hochschulpolitischer als auch aus akademischer Sicht. Zudem war er Gründungsdirektor der »Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten«. Noch lange Zeit nach der Wende galt Brandenburg als »kleine DDR« mit einer Bevölkerung, die mitunter sentimental an die untergegangene sozialistische Nischengesellschaft zurückdachte und sich gleichzeitig an materiellen Annehmlichkeiten und neuen Freiheiten erfreute. Hinzukamen der abgeblättere Glanz des alten Preußen-Reiches, das Land Theodor Fontanes in märkischer Weite und in direkter Peripherie lag die neue gesamtdeutsche Hauptstadt. Kaum einer verkörperte damals diese historischen Zeitverschiebungen und mentalen Stimmungslagen so sehr wie der Ministerpräsident Manfred Stolpe. Er »wurde zu einer Schimäre: zum Teil Erich, zum anderen Teil Friedrich« (S. 109). Mit Nordrhein-Westfalen bekam Brandenburg ein westdeutsches Partnerland, das Verwaltungsbeamte und Aufbauhelfer entsandte, die mithalfen, Verwaltungsinstitutionen nach westdeutschem Vorbild zu etablieren: »Es war die Stunde der Referenten aus dem Westen, die ihr Gesellenstück abliefern und sich damit häufig die Basis schufen für leitende Posten in der brandenburgischen Verwaltung« (S. 93).

All dies liest sich heute wie Impressionen aus einer längst vergangenen Zeit. Hier die neue Hauptstadt des Landes Brandenburg, dort die neue Hauptstadt des vereinten Deutschland. Geprägt war diese »Pionierzeit« (S. 101) nicht nur vom Aufbau neuer Institutionen in Politik und Wissenschaft, sondern auch von Debatten, wie mit dem Erbe des implodierten DDR-Sozialis-

mus und mit der Geschichte des Nationalsozialismus umzugehen sei. Im Jahr 1999 beschloss der Deutsche Bundestag den Bau eines Holocaust-Mahnmals in Berlin; doch Dittberner legt Wert drauf, vor allem die »Originalstätten« (S. 258), mithin die Orte ehemaliger Konzentrationslager in Berlin und Brandenburg stärker als bislang in den Mittelpunkt der offiziellen Gedenkkultur zu rücken. Er kommt zu einer durchaus zutreffenden Voraussage: »Denkmäler werden zu Mobiliar, das herumsteht im öffentlichen Raum. [...] Oft dienen sie als Fotokulisse oder als Rastplätze und Schattenspende« (S. 266).

Immer wieder schreibt Dittberner über die parlamentarische Demokratie, über Politiker und Parteien. Dabei besteht im Parteiensystem ein immanentes Spannungsverhältnis zwischen Beteiligungsansprüchen der Mitglieder und Techniken von Machterwerb und Machterhalt. Insgesamt ist das gegenwärtige Parteiensystem mit zum Teil schwer prognostizierbaren Kleiparteien und dekapitierten Volksparteien weit entfernt vom alten »Zweieinhalb-Parteiensystem« (S. 358) der Bonner Republik. Dittberner ist Parteienforscher und kennt die innere und äußere Verfassung deutscher Parteien sehr genau. Insbesondere zum Innenleben der FDP und ihrer Funktion im Parteiensystem hat er eine Reihe von zum Teil größeren Veröffentlichungen vorgelegt. Im Bundestagswahlkampf 2002 formulierte die FDP den Anspruch, Volkspartei zu sein und ließ sich gar dazu hinreißen, einen eigenen Kanzlerkandidaten aufzustellen. Man hatte den Eindruck, »als sei die Partei des organisierten Liberalismus entmündigt vom flinken Medienstar Westerwelle und seinem dressierten, am Ende immer wieder glücklosen Zauberer Möllemann« (S. 379). Dittberners Nachruf auf Guido Westerwelle ist gezeichnet von Respekt für eine Persönlichkeit, die mit jeder ihrer Fasern Politiker war, doch »alles war Druck, bitterer Ernst und machte schließlich krank« (S. 294).

Schließlich erscheinen noch einige Ansichten zur Außenpolitik, die gewiss nicht zu den Spezialgebieten des Autors zählt. Er vertritt die Ansicht, das im genetischen Code der Bundesrepublik eingeschriebene Diktum »Nie wieder« würde verblasen, da die Bundeswehr schrittweise zu einer Interventionsarmee umgebaut werde. Und wo einst der Grundsatz der Westintegration galt, herrsche heute »Kadavergehorsam gegenüber den USA« (S. 487).

Streng politikwissenschaftlich informierte Analysen sucht man in diesem Band vergeblich. Es dominieren der essayistische Stil sowie die journalistische Form der Texte. Trotz der thematischen Anordnung entlang größerer Überschriften kommt der Band über ein loses Sammelsurium alter und neuer Texte nicht hinaus.

Helge F. Jani

Oliver EBERL / David SALOMON (Hg.): *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Wiesbaden: Springer VS 2017, 264 S., € 39,99

In dem von Oliver Eberl und David Salomon herausgegeben Band *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie* sind elf Aufsätze versammelt, die sich aus ökonomie-, rechts- und demokratietheoretischen Perspektiven mit dem zeitgenössischen Zustand (westlicher) Demokratien beschäftigen.

Diesem Perspektivenreichtum entsprechend ist das Buch in vier komplementäre Themenbereiche gegliedert, wobei die beiden ersten Oberthemen *Kapitalismus und (Post)Demokratie* sowie *Aspekte sozialer Demokratie* mit ihrem gesellschaftstheoretischen Fokus zugleich den Schwerpunkt des gesamten Bandes bilden. Gemeinsame Klammer sämtlicher Beiträge ist die Erforschung der Postdemokratiethese, wie sie unter anderem der Philosoph Jacques Rancière Mitte der 1990er Jahre und der Politikwissenschaftler Colin Crouch in den 2000ern vorgebracht haben.

Die Kernthese der Postdemokratiediagnose lässt sich in Anlehnung an den einleitenden Aufsatz der beiden Herausgeber so zusammen fassen, dass sich »in der ›Postdemokratie‹ soziale Ungleichheit in politische Ungleichheit« übersetze (S. 2). Eberl und Salomon benennen dabei vor allem »die Wahlabstinenz« und den »wachsende[n] Einfluss privatwirtschaftlicher Akteure auf politische Willensbildung« (S. 2). Diese Phänomene klassen- und schichtenspezifisch zu erfassen, betrachten sie als einen besonders produktiven Aspekt an den »gesellschaftstheoretischen Prämissen der Postdemokratiediagnose« (ebd.).

Sonja Buckel widmet sich im ersten und besonders hervorzuhebende Aufsatz des Bandes (»Dialektik von Kapitalismus und Demokratie

heute«) der Aufgabe, diese Prämissen zu erkunden und ihr gesellschaftskritisches Potenzial zu entfalten. Die Autorin geht vor dem Hintergrund der Diagnose von Crouch der Frage nach »warum es in kapitalistischen Gesellschaften strukturell zu [...] Zyklen der Demokratie« komme (S. 21). Damit verweist sie in Anlehnung an Karl Marx – analog zu ökonomischen Krisenzyklen – auf sich ablösende Phasen demokratischer Stabilität und Instabilität. Im ersten Teil ihres Beitrags erläutert Buckel die gesellschaftstheoretischen Traditionslinien ihres Modells und greift dabei sowohl Elemente von form- als auch inhaltskritischen Analysen der materialistischen Theoriegeschichte auf. Im zweiten Teil bildet der vom Staatstheoretiker Nicos Poulantzas entwickelte Ansatz des *autoritären Etatismus* einen vorläufigen Schlusspunkt ihrer begrifflichen Rekonstruktion. Er stellt damit zugleich den Interpretationsrahmen für Buckels Analyse zeitgenössischer Krisenprozesse – auch auf europäischer Ebene – dar (S. 35ff.).

Frank Deppe (»Kapitalismus und Demokratie im neoliberalen Hegemoniezyklus«) schließt an Buckels Erläuterungen zur Theorie von Poulantzas an (S. 45) und entfaltet in seinem Beitrag ein Panorama der globalen Krisenentwicklung seit den 1970er-Jahren, womit er die Postdemokratiethese in einen fundamentalen kapitalistischen Krisenprozess einordnet (S. 43–44). Die sozio-ökonomischen Transformationsprozesse im Postfordismus seien auch das Resultat einer »strukturelle[n] Überakkumulation von Kapital« (S. 49). So führt Deppe den »neoliberalen Hegemoniezyklus« als Strategie zum Aufschub einer großen Krise in den 1970er-Jahren an, die mit dem Crash von 2007 ihren Zenit überschritten habe. Ob auf die lange Phase der sozialen und ökonomischen Krisen, die eine »Transformation von Hegemonie in Zwang« hervorgebracht hätten, eine Redemokratisierung folge, sei ungewiss (S. 59). Es deuteten sich jedoch auf globaler Ebene Demokratisierungsbewegungen an – ihr verbindendes Element, die »Kritik am Regime des Finanzmarktkapitalismus und an der neoliberalen Politik« als Triebkräfte des Fortschritts zu beschreiben, ist jedoch diskussionswürdig (S. 61).

Der Aufsatz von Thore Prien (»Probleme mit der Postdemokratie«) widmet sich dagegen der grundsätzlichen Frage nach der Plausibilität des Postdemokratiiebegriffs. Dazu untersucht er des-

sen wirtschafts- und sozialhistorische Implikationen. Priens Kritik richtet sich vor allem gegen die Konstruktion eines vermeintlich demokratischen Zeitalters in der Nachkriegsära. Diese beschreibt er als »fast nostalgisch zu nennende Überhöhung der westlichen Wohlfahrtsstaaten« (S. 65). In Anlehnung an Birgit Sauer kritisiert er die Postdemokratiethese zudem vor dem Hintergrund der – durch die Frauen- und antirassistische Bürgerrechtsbewegungen erkämpfte – zweite Welle der Demokratisierung in den 1970er- und 1980er-Jahren (S. 66). Die daraus hervorgehende Ausweitung demokratischer Partizipationsrechte und -möglichkeiten bliebe in der Deutung einer gleichzeitig einsetzenden postdemokratischen Transformation weitestgehend unberücksichtigt. Ohne die von Crouch aufgeworfenen Probleme zu relativieren, verwirft Prien somit die Postdemokratiethese, weil sie »keine normative Distanz zum fordistischen Wohlfahrtsstaat« herstelle und zu einer Romantisierung der Nachkriegsära neige (S. 81).

Im zweiten Hauptteil des Bandes geht David Salomon in seinem Aufsatz »Zu Begriff und Geschichte der (sozialen) Demokratie« der Frage nach, in welchem Verhältnis die Postdemokratiendiagnose und das normative Modell der sozialen Demokratie zueinander stehen. Er ordnet die Entstehungsgeschichte der sozialen Demokratie den ideengeschichtlichen Traditionen plebiszitärer Demokratien zu und führt deren Ursprung auf Rousseau und die Epoche der französischen Revolution zurück (S. 91ff.). Dabei beschreibt er die soziale Demokratie als normative Antwort auf das »unvollendete Konzept« der liberalen Demokratie (S. 99ff.). Insbesondere die im Modell der sozialen Demokratie eingeschriebenen Forderungen nach sozialer Gleichheit und Freiheit spielten eine zentrale Rolle, weil sie die negativ bestimmte formale Freiheit und Gleichheit des auf Repräsentation abhebenden Modells liberaler Demokratie ergänzten (S. 105). Vor dem Hintergrund dieser gewinnbringenden Begriffsbestimmung kommt Salomon zu dem Schluss, dass die Postdemokratiethese sich im Kern als eine Krise der sozialen Demokratie beschreiben lasse (S. 104).

Im Folgenden Beitrag entwirft Jörg Kemmerzell (»Postdemokratie als hybrides Regime«) eine mögliche Perspektive, um die Schwächen der Postdemokratiethese begriffsimmanent zu korri-

gieren und zielt so auf eine »Operationalisierung von Elementen der Postdemokratie« (S. 131). In der Folge revidiert er die normativ überladene Diagnose von Crouch in Teilen, indem er sie von »Hybrid- oder autoritären Regimen« abgrenzt (S. 129). Er fordert, dass »Postdemokratie als Begriff für etablierte Demokratien reserviert werden« sollte (S. 132), weil es sich bei postdemokratischen Phänomenen im Kern um »Erosionserscheinungen zentraler demokratischer Strukturen« handle (S. 112). Dabei seien »insbesondere die elektorale Dimension der Demokratie« betroffen (S. 132).

Ausgehend von diesen Erosionserscheinungen machen sich Dirk Jörke und Thomas Lenz (»Bürgerkultur und Demokratisierung der Wirtschaft«) auf die Suche nach »Antworten auf die postdemokratische Herausforderung sozialer Demokratie« (S. 138). Dabei geht es ihnen auch darum, die Demokratietheorie Robert A. Dahls zu rekonstruieren und sie von einer gängigen Verkürzung zu befreien (S. 138). Sie beschreiben Dahls Demokratietheorie als Modell einer sozialen Demokratie, das den liberalen Demokratiebegriff mit der ausbleibenden Realisierung sozialer Gleichheit und Freiheit konfrontiert (S. 142). Gegen die Gefährdung demokratischer Kernstrukturen schlagen sie mit Dahl »die Idee einer Wirtschaftsdemokratie« und die »Stärkung einer (egalitären) Bürgerkultur« vor. Als mögliche Antwort auf die »Herausforderung sozialer Demokratie« in der Postdemokratie (S. 151) nennen sie »eine Marktwirtschaft mit demokratisch »regierten Unternehmen« (S. 150).

Den *Rechtsverhältnisse in der Postdemokratie* überschriebenen dritten Hauptteil des Bandes eröffnet der Aufsatz von Oliver Eberl (»Refeudalisierung des Rechts revisited«). Er beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, dass im Kontext der Postdemokratiethese rechtstheoretische Analysen »die Gesellschaftstheorie und Demokratietheorie verbinden«, fehlten (S. 160). In der Folge knüpft er an die von der Demokratietheoretikerin Ingeborg Maus festgestellte Refeudalisierung der Rechtsbeziehungen an, die sich insbesondere in der gestärkten Rolle des Bundesverfassungsgerichts gegenüber dem Bundestag ausdrücke (S. 161). Entsprechend der von Maus erörterten Diagnose, dass sich soziale Konflikte zunehmend entpolitisierten und in den Bahnen des Rechts ausgefochten würden, kritisiert er die

aktive politische Rolle, die das Verfassungsgericht seit dessen Gründung in der Bundesrepublik für sich beanspruche.

Ähnlich wie Eberl, setzt sich auch der Aufsatz von Kolja Möller (»Formwandel des Konstitutionalismus«) mit juristischen Aspekten der Postdemokratiethese auseinander. Ausgehend vom Begriff des Konstitutionalismus bei Karl Marx stellt er fest, dass aktuell ein Formwandel zu beobachten sei (S. 179ff.). Dieser drücke sich in »folgenreiche[n] Verfassungsbildungsprozesse[n] jenseits des Staates« aus (S. 182). Möller führt diesen Wandel unter anderem auf die Internationalisierung ökonomischer Prozesse und die Herausbildung eines »Weltwirtschaftsregimes« seit den 1970er Jahren zurück (S. 189). Als konkretes Problem beschreibt er unter anderem für die Europäische Union, dass sich kein demokratisches Projekt neben der Etablierung höherrangigen Rechts entwickelt habe (S. 195). Damit ginge ein Substanzverlust moderner Demokratien einher, der sich unter anderem in der »Einschränkung politischer Willensbildung« und des »Königsrecht[s] des Parlaments«, das Haushaltsrecht, ausdrücke (S. 191).

Den vierten Teil des Bandes über *Ungleichheit und Postdemokratie* eröffnet Claudia Ritzki (»Demokratischer Schein und soziale Erosion«). Ritzkis Grundthese besteht darin, dass die zunehmende materielle Ungleichheit und die damit verbundene Unfreiheit schwerwiegende Folgen für die Partizipationsbedingungen und damit für das Funktionieren moderner Demokratien nach sich zögen (S. 210–211). Dabei geht Ritzki auf die Differenz zwischen »formaler und reeller Gleichheit« und im Anschluss daran auf die Vorstellung der sozialen Demokratie von Hermann Heller ein (S. 220). Dessen Konzept der sozialen Demokratie beruht wesentlich auf der Normvorstellung sozialer Homogenität. Diese hätte, so Ritzkis Annahme, in der Nachkriegszeit teilweise existiert und sei im Zuge der postdemokratischen Transformation zunehmend verloren gegangen (S. 220). Sie zieht daraus den Schluss, dass es sich bei der (westlichen) Demokratie bloß noch um eine »scheinbar demokratische Organisationsform« handle (S. 224).

Anknüpfend an diese Gegenüberstellung untersucht Michael Hirsch die »Soziale Demokratie als gegenhegemoniales Projekt«. Hirsch zufolge ist die soziale Ungleichheit in der Postdemokra-

tie so groß geworden, dass die Kernforderung der sozialen Demokratie nach einer »partizipatorischen Parität« der Klassen und Geschlechter grundsätzlich in Frage gestellt sei (S. 246–247). Er beschreibt die zeitgenössische Konstellation darum als »postdemokratischen Zwischenzustand zwischen formaler Demokratie und offener Diktatur« (S. 230). In seiner Suche nach politischen Antworten auf diese Konstellation greift Hirsch auf das Modell einer Wirtschaftsdemokratie zurück, das er in Anlehnung an Nancy Frasier um die Kategorie Geschlecht erweitert (S. 230). Darin ist unter anderem die von Wolfgang Abendroth und Franz Neumann aufgestellte Forderung nach einem Ausgleich »bestehende[r] wirtschaftliche[r] und soziale[r] Machtungleichgewichte« durch die Einschränkung der Konnexinstitute des Privateigentums, der Vertrags- und Gewerbefreiheit, eingelassen (S. 231).

In der Gesamtschau ist den Herausgebern eine richtungsweisende Publikation zur Debatte über die Postdemokratiethese gelungen, die die Diskussion über das Verhältnis von Krise und Demokratie einen bedeutenden Schritt voran bringt.

Felix Sassmannshausen

Erhard EPPER / Niko PAECH: Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug. Moderiert von Christiane Grefe, München: oekom Verlag 2016, 203 S., € 14,95

Erhard Eppler, der Politiker und Publizist, ist einer der bedeutendsten Vordenker der SPD. Mit seinem Buch *Ende oder Wende* (1975) trug er wesentlich zur Entstehung der Umweltbewegung in Deutschland bei. Niko Paech, der radikale Ökologe wurde mit seinem Buch *Befreiung vom Überfluss* (2012) zu einem wichtigen Protagonisten der »Postwachstumsökonomie«. Die beiden sollten auf Einladung des oekom Verlages ein Streitgespräch über ihre theoretische Position und praktische Arbeit führen, das von Christiane Grefe, einer führenden Umweltjournalistin moderiert werden sollte, die auch ein wichtiges Buch zum Thema geschrieben hat: *Global Gardening. Bioökonomie – neuer Raubbau oder Wirtschaftsform der Zukunft* (2016).

Gelegentlich ist es gut und angemessen, das Lesen eines Buches mit dem letzten Teil zu beginnen. Im Anhang des vorliegenden Buches sind

zwei Essays der beiden Kontrahenten abgedruckt. Eppers Essay trägt den Titel »Selektives Wachstum« – und beginnt so: »Was wir heute »wirtschaftliches Wachstum« nennen, war ursprünglich nur eine statistische Zahl. Man hatte sich verständigt, wie die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, das Bruttoinlandsprodukt, errechnet werden könne. Wenn diese Summe von einem Jahr zum anderen anstieg, nannte man dies »das Wachstum«. Wenn sich Phasen stärkeren Wachstums mit Phasen schwächeren Wachstums abwechseln, waren das Aufschwung bzw. Abschwung.« So weit, so gut. Schwierig aber wird es, wenn Wachstum zum politischen Ziel gemacht wird; dann kann dieses Ziel alles Mögliche und manches Unmögliche rechtfertigen, dann entstehen Abhängigkeiten und Verwirrungen.

Wo Wachstum zum zentralen Ziel aller Politik wird, sagt Eppler, sei die Rutschbahn zum Marktradikalismus gebaut; dort landeten dann auch die Politiker, die eigentlich etwas ganz anderes wollen oder wollen sollten. Wachstum als generelles Ziel führe zum Primat der Ökonomie über eine Politik, deren Pflicht dann darin bestünde, die wirtschaftlich Mächtigen bei Laune zu halten. Eppler folgert daraus: Es hätte keinen Sinn, Wachstumsraten von drei oder vier Prozent zum politischen Ziel zu machen; doch abwegig sei auch, ein Nullwachstum anzustreben. Er hält fest: »Es kommt nicht darauf an, wie viel wächst oder nicht wächst – sondern was wächst« (S. 182). Das ist Eppers Plädoyer für »Selektives Wachstum«.

Er begründet dies auf einfache Art und Weise. Selektives Wachstum fordere auf zum Diskurs: Was wollen wir wachsen sehen, was nicht? Was muss schneller wachsen, als die Marktkräfte es wachsen lassen? Was muss schrumpfen? Mit der Frage, was denn wachsen soll und was besser nicht, werde der Primat der Politik (wieder) hergestellt. Selektives Wachstum erfordere dann die politische Debatte und politische Entscheidungen, Gesetze oder administratives Handeln.

Eppler endet sein Plädoyer mit einer eigenständigen Einschätzung: »Eine Diskussion darüber, was wachsen und was schrumpfen muss, damit wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schonen, könnte unsere Demokratie besser beleben als alles Jammern über Demokratieverdrossenheit [...] Politik lebt von der Frage, wie wir leben wollen« (S. 186).

Niko Paech beginnt seinen Essay mit einer anders gearteten, spektakulären Aussage: Die Wachstumsdebatte sei eine Gespensterdebatte. Eine weitere Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sei im Grunde gar keine Option mehr: Wirtschaftswachstum scheitere absehbar an Ressourcenengpässen, verringere nicht die enormen Verteilungsdisparitäten, fördere nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus keine Glückszuwächse mehr herbei und sei nie ohne ökologische Schäden zu haben (S. 188). Unabdingbar sei hingegen eine absolute Entlastung der Ökosphäre. Ein Beispiel: Die in Deutschland pro Kopf und Jahr anfallende CO₂-Menge von durchschnittlich elf Tonnen müsste zur Stabilisierung des Klimas auf deutlich unter drei Tonnen gesenkt werden.

Das vielfach propagierte »Grüne Wirtschaftswachstum« könne nicht die Antwort auf diese historische Herausforderung sein. Alle bisher eronnenen und propagierten grünen Lösungen, ganz gleich, ob es sich dabei um Passivhäuser, Elektromobile, Ökotextilien, Photovoltaikanlagen, Bionahrungsmittel, Offshoreanlagen, Blockheizkraftwerke, *smart grids*, solarthermische Heizungen, *Cradle-to-cradle*-T-Shirts, Carsharing oder digitale Services handele, kämen nicht ohne weiteren physischen Aufwand, neue Produktionskapazitäten, zusätzliche materielle Infrastrukturen und größere Transporte aus. Paech folgert in apodiktischer Weise: »Alle bekannten grünen Technologien lösen die ökologischen Probleme nicht, sondern transferieren diese nur in eine andere physische, räumliche, zeitliche oder systemische Dimension« (S. 191).

Wenn aber eine Entkopplung des BIP von ökologischen Schäden systematisch fehlschläge, dann verblieben als Ausweg nur die (schrittweise) Reduktion industrieller Produktionssysteme und deren (teilweiser) Ersatz durch Versorgungssysteme, die ohne Wachstum und auf ökologisch verantwortbarem Niveau stabilisiert werden können (S. 193). Dieser Weg in die »Postwachstumsökonomie«, sagt Paech, sei vorgezeichnet, wenn nicht »by design«, das heißt proaktiv und vorsorglich gestaltend, dann »by disaster«, nämlich spätestens, wenn globalisierte Fremdversorgungssysteme (partiell oder total) kollabierten.

Paech konzediert, dass das Wirtschaften und das Leben in der Postwachstumswelt von größerer materieller Genügsamkeit und höherer Sess-

haftigkeit (»Glück ohne Kerosin«) geprägt wäre, aber gerade deshalb auch krisensicherer, verantwortbarer und stressfreier sein werde. Auf einen entscheidenden Sinneswandel der Entscheidungsträger in Parlament und Regierung setzt er allerdings nicht, die dezentrale und autonome Entwicklung vieler »Rettingsboote« sei vielmehr die Chance und auch die passende Strategie (S. 198).

Wie aber streiten die beiden Kontrahenten nach dieser Positionsbeschreibung miteinander? Nun, sie beginnen zunächst mit einem gemeinsamen Gang durch Eplers grünen Garten und verbleiben dann eine Zeitlang bei freundlichen Nettigkeiten und einem Blick zurück. »Sie waren in meiner Jugend eine Gallionsfigur« – so ist das erste Kapitel überschrieben (und Eppler gemeint), wobei es um die Bedeutung und die Handlungsfähigkeit der Politik und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft geht. Viele personelle Erinnerungen kommen hoch – an Jochen Steffen, Volker Hauff und Hermann Scheer bei dem einen, an Herman Daly, Rofie Hueting, Petra Kelly und Carl Amery bei dem anderen.

»Die Grünen hätte man nicht zu gründen brauchen, hätte es genug Eplers in der SPD gegeben«, sagt Paech (S. 48). Bei Bundeskanzler Helmut Schmidt gab es zwei Dinge, die ihn absolut nicht interessierten: »Das eine war die Ökologie, das andere war die Dritte Welt. Genau diese beiden Dinge waren mir wichtig. Da musste es krachen«, sagt Eppler (S. 49). Christiane Grefe, die Moderatorin, will beide Diskutanten in bessere Stimmung bringen mit dem Hinweis, dass mit dem Biodiversitätsabkommen der Vereinten Nationen, den globalen Nachhaltigkeitszielen und den Pariser Beschlüssen zum Klimaschutz doch etwas erreicht worden sei. Der Jüngste im Kreis aber endet das Kapitel in Katerstimmung: »Wir haben nichts erreicht. Die Ökosphäre stirbt immer schneller, während gleichzeitig ständig neue Nachhaltigkeitsfortschritte gefeiert werden« (S. 51).

Im zweiten Kapitel des Buches geht es um die Verteilungsfrage und eine neue Verteilungspolitik. Es beginnt mit dem Hinweis auf den »globalen ökologischen Fußabdruck« und die zunehmende öffentliche Beachtung des »Erdüberlastungstages«, an dem die Menschheit das ökologisch regenerierbare Quantum an Wasser, Boden und anderen natürlichen Ressourcen für ein Jahr

verbraucht hat, der immer früher ansteht – inzwischen schon im August des Jahres. Die Moderatorin formt daraus die provokante Frage: »Ist der Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung tatsächlich, dass unsere Wirtschaft schrumpfen muss?«

In einem strikten Sinne verstanden bleibt diese Frage unbeantwortet. Beiden Diskutanten ist aber klar, dass damit ein wichtiger Zusammenhang hergestellt wurde. »In dem Augenblick, wo es tatsächlich kein Wachstum mehr gibt, wird die Verteilungsdiskussion sehr ernsthaft und ist nicht mehr abzuweisen«, antwortet Eppler (S. 64). Paech will den Verteilungskonflikt dadurch entschärfen, dass man mit neuen Lebensmodellen unabhängiger wird von dem, worum sich alles balgt: »Es geht um eine Mäßigung der Ansprüche, die uns ohnehin nicht mehr guttun« (S. 65). Man könne zum Beispiel die Werbung verbieten. Das führt Eppler zu dem Aufschrei, den der Verlag auf den Buchdeckel gedruckt hat: »Was Sie vorhaben, Herr Paech, das wäre eine Revolution!« Er schränkt aber sogleich ein: »...eine sanfte Revolution, ohne Revolutionäre« (S. 79). Fragt dann aber seinen Kontrahenten, warum er in seinem Buch nicht auch über Kapitalismus, Macht und Interessen rede. Paechs Antwort: »Kapitalismus und der damit verbundene Verweis auf die angebliche Machtfrage blendet auf bequeme Weise nicht nur die individuelle Verantwortung aus, sondern leugnet die vielen Freiräume, die wir haben, um dem aktuellen Wirtschaftssystem an unzähligen Stellen den Boden zu entziehen« (S. 81).

Das zweite Kapitel endet mit einer scharfen Abgrenzung voneinander. Eppler sieht in der (globalen) Debatte um »green growth – grünes Wachstum« eine neue Qualität des Denkens und Handelns und zugleich den Versuch einer Antwort auf seine alte Frage: Was soll noch wachsen? Dass sein Gesprächspartner Paech diese Debatte kritisiert, kann er nicht nachvollziehen.

Um diesen Dissens besser auszuloten, verlockt die Moderatorin die Kontrahenten im dritten Kapitel auf das Thema Energie. Dass die »Energie-wende« ein typisch sozialdemokratisches Projekt sei, will Eppler zunächst mit Hinweis auf die historische Rolle belegen, die Hermann Scheer dabei gespielt hat. Er selbst sei froh über alles, was in die richtige Richtung geht, weil so vieles in die falsche Richtung gehe. Der Einstieg in die erneuerbaren Energien, das sei doch eindeutig die richti-

ge Richtung. Und technologische Stolpersteine zu Beginn einer neuen Entwicklung seien mit der Zeit doch immer erledigt worden.

Paech hält dem entgegen, dass auch erneuerbare Energien nicht konfliktfrei und zum ökologischen Nulltarif zu haben seien. Wo immer man tiefer bohre, brächen die technischen Visionen in sich zusammen. Selbst Scheer habe die technischen Möglichkeiten der Wind- und Solarenergie überschätzt. Meist verlagerten technische Innovationen die Umweltschäden nur, statt sie zu lösen. Wer Kohle und Öl verdrängen wolle, schaffe das nicht durch ein Wachstum der Energieerzeugung, sondern nur durch Rückbau der Energienachfrage. Und er wiederholt dann sein Mantra: »Die Einhaltung ökologischer Grenzen setzt eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts voraus« (S. 101).

Christiane Grefe, die Moderatorin, meint feststellen zu können, dass der Dissens der Kontrahenten eigentlich nur darin bestehe, dass sie die Weiterentwicklung von Technologien unterschiedlich einschätzten. Paech stimmt zu, fügt aber an, dass dies auch eine moralische Frage sei. An Eppler gewendet fragt er: »Wie kann ich das Schicksal der Umwelt, und damit der Menschheit, einem technischen Fortschritt anvertrauen, der noch gar nicht eingetreten ist ...oder dessen Nebenfolgen sich erst herausstellen, wenn's zu spät ist« (S. 119). Eppler antwortet darauf mit einem empörten Satz. »Dass ich technologiegläubig sein soll, höre ich mit fast 90 Jahren zum ersten Mal« (S. 120).

Paech wehrt sich auf andere Weise: »Sie werfen mir vor, dass ich einen radikalen Sprung fordere, der nicht durchsetzbar sei. Mitnichten! Nichts ist billiger, unkomplizierter und voraussetzungsloser umzusetzen als das pure Weglassen. Im Verkehr ist das noch wichtiger als bei der Elektrizität.«

Im abschließenden vierten Kapitel geht es um die Frage Parteipolitik *versus* Zivilgesellschaft oder wie beide gemeinsam aktiv werden müssen. Niko Paech macht zunächst ein unerwartetes Eingeständnis: Eine Strategie der Wachstumsvermeidung oder gar Rücknahme des Wachstums werde wohl nicht nur in Deutschland, sondern nirgendwo auf der Welt eine Mehrheit finden. »Wahlen gewinnt nur, wer mehr Geld oder neue Freiheiten verspricht. Sobald Regierungen Einschränkungen etablieren wollen, sind sie dem

Kreuzfeuer der Mehrheit ausgesetzt« (S. 142). Das aber dürfe einen Wissenschaftler nicht davon abhalten, an der Idee einer Postwachstumsökonomie weiterzuarbeiten.

Er setzt dabei auf zwei Verstärker: auf »Krise« und auf »Pioniere«. Die philosophische Grundidee, dass sich die Vernunftbegabung des Menschen in Verbindung mit seiner Freiheit langsam aber sicher kollektiv durchsetzen werde, sei ins Wanken geraten. Je länger man sich aber weigere, die Notwendigkeit einer Reduktionsstrategie anzuerkennen, desto wahrscheinlicher würden Krisen; viele der aktuellen Krisen seien im Grunde Eruptionen des globalen Wachstumswahns. Der zweite Verstärker seien die Postwachstumspioniere, ganz gleich ob sie sich zur Minimalisten- oder zur Degrowth-Bewegung zählen, die durch Übung vorwegnehmen, was demnächst ohnehin unvermeidlich werde.

Erhard Eppler endet das Gespräch auf eher väterliche Art und Weise. Ihm sei durchaus bewusst, dass hinter Paechs Ideen und Zielen ein Stück Wahrheit stecke. Aber der Sprung von der jetzigen (verschwenderischen) Gesellschaft auf die neue (genügsame) Gesellschaft sei einfach zu groß. In der Politik gehe zudem alles hintereinander, nicht miteinander. Und was die Ökologen angehe, führe der Konflikt zwischen Zurückhaltung und drohendem Kreuzfeuer dazu, dass die direkte Begegnung mit der Politik gar nicht mehr stattfinde – oder nicht mehr gewollt sei. Zudem könne eine Gesellschaft in einer bestimmten Zeitspanne nur beschränkt lernen; jetzt habe sie erst mal die »Energiewende« zu bewältigen (S. 155).

Diese Besänftigung seitens des alten erfahrenen Politikers mag der junge radikale Ökologe nicht unkommentiert sein lassen. Er findet den Rückbau der Wachstumswirtschaft nicht rückständig, sondern einen spannenden, neuen Weg – und endet mit einem persönlichen Bekenntnis: »Ich finde die Forderung zukunftsweisend, dass wir in Deutschland nicht nur die erste Gesellschaft werden, die die Atomenergie überwindet, sondern auch die erste, die eine Autobahn zurückbaut, einen Flughafen abwickelt oder Flächen entsiegelt, statt weiter zu expandieren oder gar ähnliche Projekte wie Stuttgart 21 hochzuziehen« (S. 152).

Fazit: Dies ist ein in jedem Sinne spannendes und anregendes Buch. Nicht ohne Widersprüche,

aber voller Engagement für eine andere, bessere Welt. Daher musste dies hier auch zu einer außergewöhnlich langen Rezension werden – was der Leserin und dem Leser den Zugang zur Thematik erleichtern mag, aber trotzdem die vollständige Lektüre des Buches ans Herz legt.

Udo Ernst Simonis

Florian HARTLEB: Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Schwabach: Wochenschau Verlag, 2017, 238 S., € 16,90

Der Populismus – ob links oder rechts – beherrscht derzeit die aktuelle Berichterstattung und rückt zunehmend mehr in den Fokus der Wissenschaft. Florian Hartleb, der seit Jahren zu diesem Thema forscht, legt mit *Die Stunde der Populisten* ein Buch vor, das die Facetten von (Rechts-)Populismus anschaulich beleuchtet und zudem politische und gesellschaftliche Hintergründe darlegt. Abschließend erläutert der Autor mögliche Gegenstrategien gegen populistische Tendenzen. Er bezieht dabei auch immer wieder selbst Stellung zu umstrittenen Themen, wie etwa der »Flüchtlingskrise«.

Im Kapitel »Populistische Erfolgswelle in Europa« werden die relevanten populistischen Parteien benannt. Es wird konstatiert, dass sich autoritäre Führungsstile vor allem in osteuropäischen Ländern auf dem Vormarsch befänden. Doch nicht nur das sogenannte rechte Parteienspektrum wird beleuchtet, auch populistische linke Bewegungen, wie etwa »MoVimento 5 Stelle« in Italien werden am Rande erwähnt. Dabei gibt Hartleb zu bedenken, dass »links« und »rechts« bei Populisten oft nahe beieinander liegt.

Dass nicht nur Europa im Fokus des Buches steht, macht bereits der Untertitel mit dem Hinweis auf die »Trumpetisierung« der Politik deutlich. Im dritten Kapitel mit der Überschrift »Das Trump-Phänomen« wirft der Autor denn auch einen Blick über den Atlantik: Hier beschreibt er die Vorgehensweise des US-Präsidenten während des Wahlkampfes 2016. »Zunehmende soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Stagnation werden zum Nährboden einer innenpolitisch harten Auseinandersetzung, auch nach der Präsidentschaftswahl. Trump setzte im Wahlkampf ganz auf Spaltung und wird diesen Kurs beibehalten.«

(S. 34f.) Hierbei wird auch die Rhetorik des US-Präsidenten beurteilt: »Donald Trump (...) wiederholte unbeirrt seine einfachen Botschaften. Seine Sätze sind extrem kurz und simpel, oft verkürzt auf einige Schlüsselworte.« (S. 41)

Im Kapitel »Wir gegen die-da-oben« unterscheidet der Autor zwischen einer vertikalen und einer horizontalen Agitation von Populisten. Unter vertikalem Agitieren versteht Hartleb die scharfe Selbst-Abgrenzung der Populisten von den von ihnen gerne sogenannten »Alt-Parteien« und systemtragenden Institutionen. Das horizontale Moment grenze hingegen »die-da-draußen« aus, in dem etwa Flüchtlinge, Muslime etc. zu Feindbilder stilisiert werden. Zudem werden vier Dimensionen des europäischen Populismus benannt: die technische Dimension (Vereinfachung und Konstruktion eines Gegensatzes zwischen »homogenem Volk« und Establishment), die inhaltliche Dimension (»Anti-Ismen«, wie etwa Anti-Islamismus), die personelle Dimension (eine charismatische Führungsfigur, die den »Volkswillen« vertritt) sowie die mediale Dimension (Aufmerksamkeit für Populisten durch Schlagzeilen, im Gegenzug hohe Auflagen; zunehmend extensive Nutzung sozialer Netzwerke). Der letztgenannten Dimension widmet Hartleb ein eigenes, »Mediale Parallelwelt« überschriebenes Kapitel. Hier verweist er unter anderem darauf, dass Populisten zunehmend mittels eigener »Nachrichtenseiten« ihre »alternativen Fakten« präsentieren. Kurze Analysen beschreiben Phänomene wie Brexit, Europaskepsis und rechtspopulistische Verbindungen zu Russland.

Dass auch Deutschland keine »rechtspopulismusfreie Zone« mehr ist, erklärt der Autor vor allem mit den Themen Euro- und Flüchtlingskrise und dem daraus resultierenden Erstarken der »Alternative für Deutschland« (AfD). Als Gründe dafür, warum sich nun auch hierzulande eine rechtspopulistische Partei entwickeln konnte, werden unter anderem die »Sozialdemokratisierung der CDU«, die »Schwäche des Liberalismus« und die »Entstehung einer virtuellen bzw. medialen Parallelöffentlichkeit« (S. 105) genannt.

In seinem abschließenden »Plädoyer für eine nachhaltige Politik« benennt Hartleb zehn Punkte (S. 206–209), die seiner Ansicht nach gegen Populismus wirken. Diese seien unter anderem eine »klare Sprache statt nebulöse[r] Floskeln«, das »Entkräften von Lügen und Halbwahrheiten«,

das »Ansprechen und Erklären statt Ausklammern von Problemen« und der »Mut zum Konflikt«.

Florian Hartleb hat ein populärwissenschaftliches Buch geschrieben, das das komplexe Thema Populismus gut lesbar darstellt. Auch wenn sich einige Themen in den verschiedenen Kapiteln wiederholen, manche genannten Eigenschaften der Rechtspopulisten auch in anderen Parteien zu finden sind (Umgang mit Medien, starke Führungsfigur etc.) und man sich eine definitivische Eingrenzung des schwammigen Populismusbegriffs nicht erst nach dem ersten Drittel des Buches gewünscht hätte, gelingt die thematische Gliederung der facettenreichen Ausgestaltung dieser Politikströmung weitestgehend überzeugend.

Die Aussagen des Autors überraschen zumeist nicht, führen jedoch klar vor Augen, warum sich unsere Politik »trumpetisiert«. Hartleb hätte sich und dem Leser womöglich einen Gefallen getan, hätte er sich auf weniger Phänomene beschränkt und dieser eingehender analysiert. So wirkt der ständige Verweis auf den aktuellen US-Präsidenten oft ablenkend, zumal dieser eine politische Besonderheit darstellt, schließlich ist er Mitglied der Republikaner, also der »Grand Old Party«. Darüber hinaus wird den Auswirkungen auf die anderen Parteien und das demokratische System an sich zu wenig Platz eingeräumt. Das Kapitel »Folgen für die Demokratie« bietet nur einen allzu kurzen Ritt durch die Themenfelder Direkte Demokratie, Postdemokratie und Verschwörungstheorien. Der Klappentext verspricht: »In diesem Band wird Aufklärungsarbeit betrieben und herausgearbeitet, wie den Demagogen Einhalt geboten werden kann.« Diesem Anspruch wird das Buch nur bedingt gerecht. Lesenswert ist es gleichwohl.

Thomas Michael Klotz

Walter OBWEXER/Esther HAPPACHER/
Stefania BARONCELLI/Francesco PALERMO
(Hg.): *EU-Mitgliedschaft und Südtirols Autonomie. Die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Autonomie des Landes Südtirol am Beispiel ausgewählter Gesetzgebungs- und Verwal-*

tungskompetenzen, Wien: Verlag Österreich 2015, 507 S., € 99,00

Die Autonomie Südtirols ist im Aufbau der Regionalautonomien Italiens ein Sonderfall, da die durch sie verbürgten Befugnisse im Gesetzgebungs- und Verwaltungsbereich des Landes ebenso wie ihr konkordanzdemokratisches System der politischen Willensbildung dem Schutz der deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit aufgrund der völkerrechtlichen Schutzbestimmungen des Pariser Vertrages – auch Gruber-DeGasperri-Abkommen genannt – (1946) dienen. Hervorzuheben ist, dass das Autonomiesystem – seit der »Paketlösung« (1972–1992) – parallel dazu den Schutz der italienischen Sprachgruppe im Land von Etsch, Eisack und Rienz und gegenüber dem römischen Zentralstaat verbürgt. Somit fußt die Südtirolautonomie und ihr Minderheitenschutz auf einem mehr als nur schwierigen System verfassungsrechtlichen Normen, ihrem richterrechtlichen Fortschritt durch die Judikatur des Verfassungsgerichtshofs und dem fast unüberschaubaren Normenmaterial der Autonomiedurchführung – speziell in Form »Gesetzesvertretender Dekrete« des italienischen Staatspräsidenten und der Staatsregierung.

Es ist richtig, dass Happacher, Palermo und Parolari eine detaillierte Erklärung der verfassungsrechtlichen Ausgangspunkte der Autonomie (*Esther Happacher, Francesco Palermo, Sara Parolari*) als Dreh- und Angelpunkt betonen. Besonders die ausschlaggebenden allgemeinen Verfassungsprinzipien zum Vorteil der regionalen Zuständigkeiten und die neuen Verfügungsbefugnisse der Normalautonomien haben Einfluss auf die Sonderautonomie Südtirols. Erst im Jahr 2014 setzte man einen Konvent für die Verfeinerung und denkbare neue Interpretation des Autonomiestatutes von 1972 ein.

Lehrreich ist die von *Francesco Palermo* herausgearbeitete Verbindung der Sonderautonomie mit dem Grundsatz der Verhandlung, wodurch parallel dazu analog unnachgiebiges Verfassungsrecht belegt wird. Bemerkenswert ist, dass die paritätische Kommission die Bestimmung einer parlamentarischen Legislative erworben hat. Einen Forschungsgegenstand der Nachwehen der EU-Mitgliedschaft auf die Autonomie spricht *Palermo* bereits im Kontext mit den Effekten der Verfassungsreform 2002 auf das damals 30 Jahre

alte Statut an: Während jenes Zuständigkeiten als anschauliche Aufgabenbereiche («Angelegenheiten») beschreibt, ist es nach der Verfassungsnotelle 2002 »nicht mehr sinnvoll, von getrennten Bereichen zu sprechen, sondern sehr viel eher von Politiken, Aufgaben und Zielsetzungen«. Das führt zu kaum verständlichen Kompetenzüberlagerungen, welche zu Kompetenzkonkurrenzen und -verlusten führen, die die EU-Mitgliedschaft außerordentlich in ihrer Stärke der judikativen Konkretisierung in ständig wachsendem Gewicht mit sich bringt.

Ausgeführt werden diese Einbußen in den Kapiteln über die Politik- und Verwaltungsbereiche der Autonomie mit dem Ausgangspunkt einer Untersuchung der landesrechtlichen Lösungen in ihrer Überformung durch die tonangebenden EU-Vorschriften. Zu diesen Auswirkungen kommen Rechtsbindungen der persönlichen Instanzen durch das Unionsrecht, die Grundfreiheiten des Binnenmarktes und die europarechtlich belegten Grundrechte – im Klartext die Freizügigkeit und die einschließenden Rechte der Gleichbehandlung. Die Systeme der Integration des Europarechtes werden von Obwexer gründlich zusammengefasst und überschaubar in ihren Folgen auf die Autonomie begutachtet.

Diese Kapitel bilden den Großteil des hier besprochenen Bandes und sind nach der gleichen Anordnung gegliedert: Die gewissenhaft angeführten Landesvorschriften werden inhaltlich beschrieben, in den Kontext der vorurteilsfrei in Erwägung gezogenen europarechtlichen und nationalstaatlichen Rahmenvorschriften gestellt und mit allen Veränderungen und Rechtsproblematiken erklärt. Dabei wird die Überformung durch das EU-Recht auch angeschnitten. Die EU-Mitgliedschaft wird als denkbare Begrenzung der territorialen Selbstverwaltung Südtirols angesehen. Leider wird in diesem Aspekt die Frage, welchen Nutzen die EU-Mitgliedschaft bezüglich der Schutzfunktion der Autonomie für die deutschsprachige Volksgruppe hat, zu kurz beantwortet. Als Beispiel kann die Analyse des Bildungswesens der italienischsprachigen Autorin Martina Trettel angeführt werden.

In diesem Zusammenhang hervorzuheben sind die Artikel über den geförderten Wohnbau und die Raumordnung/Landesentwicklung (Andreas Eisendle), die den Kontext der autonomen Landesregelung im Wohnbau mit der Überwin-

nung der nationalistischen Siedlungspolitik Italiens und den Zusammenhang der Raumordnung/Landesentwicklung mit der »natürlichen Entwicklung der Sprachgruppen« hervorheben. Viele Folgen der EU-Mitgliedschaft nehmen ihren Weg über die Staatlichkeit Italiens, weil nur der Staat Mitglied und Alleinverantwortlicher gegenüber der EU ist. Es wären also über die direkten Auswirkungen des EU-Rechts auf das autonome Recht hinaus die durch die Alleinmitgliedschaft des Staates bewirkten Gewichtsverschiebungen zwischen Staat und Autonomie zu erklären. Eine Erforschung der verschiedenen juristischen und politischen Möglichkeiten des Einflusses der Sonderautonomie auf die Willensbildung der EU bei autonomen Begebenheiten müsste klarlegen, ob dadurch ein Ausgleich der Alleinmitgliedschaft des Staates bewirkt werden kann.

Abschließend wird offenkundig, dass die mächtige »Dynamik der Autonomie« in ihrer Verbindung mit der Anordnung der Konkordanzdemokratie und dem Verhandlungsprinzip mit dem italienischen Zentralstaat der deutschsprachigen Volksgruppe auch unter Bezugnahme der Effekte der EU-Mitgliedschaft Italiens bis in die Gegenwart ein zeitgemäßes Autonomierecht gesichert hat.

Andreas Raffener

Wolf J. SCHÜNEMANN: *In Vielfalt vermeint. Referenden in und über Europa von Maastricht bis Brexit, Wiesbaden 2017, 222 S., € 39,99.*

»Erbsenzählerei« auf der einen und »Laberei« auf der anderen Seite. Wer kennt den Streit zwischen quantitativen und qualitativen Ansätzen nicht? Am Beispiel der vergleichenden Referendumsforschung erhellt Wolf J. Schünemann die Schwächen beider Zugänge, wobei er der Kritik an der empirischen Sozialforschung weiten Raum gibt (S. 155–184). Der Hauptvorwurf Schünemanns: Die quantitativen Studien abstrahierten zu Vergleichszwecken erheblich vom nationalen Diskurs, was – insbesondere mit Blick auf die Motive der Wahlentscheidung – ins Gewicht falle. Erkenntnisse über spezifische Debattenverläufe, ihren institutionellen Rahmen und die Frage, wer wie welche Begriffe im Streit um das Referendum besetze, liefere aber eine qualitative Diskursanalyse, freilich ließen sich deren Ergebnisse nicht

verallgemeinern. Eine multimethodische Herangehensweise, welche die Komplementarität hervorhebe, könne die jeweiligen Schwächen überwinden und sich dem eigentlichen Ziel wissenschaftlichen Arbeitens nähern: verstehen und erklären.

Im Feld der vergleichenden Referendumsforschung sieht Schünemann ein klares Übergewicht quantitativer Untersuchungen, die den institutionellen Rahmen unberücksichtigt ließen. Da aber die Ausgestaltung der Referenden der nationalen Gesetzgebung unterliege, hinterlasse der bisherige Forschungsstand an dieser Stelle einen weißen Fleck, den der Autor nun füllen will (S. 3, 153). Den Einstieg wählt Schünemann bewusst niedrigschwellig (S. v) – so entspricht Kapitel 2 einem chronologischen Überblick aller Referenden über Europa seit 1972 im Kontext der europäischen Integrationsgeschichte.

Kapitel 3 führt in die Kontroverse um direktdemokratische Elemente im Feld der normativen Demokratietheorie ein, indem es die Pole der Skeptiker – die Anhänger der liberal-repräsentativen Demokratie – und der Enthusiasten – die Befürworter der partizipativen Demokratie – wertfrei gegenüberstellt. Der Rückgriff auf die Originaltexte von Barber, Butler, Downs, Fraenkel, Habermas, Kielmansegg, Loewenstein, Schumpeter, Sartori und Tocqueville zeugt von Belesenheit. Eine Stärke beider Kapitel ist die unaufgeregte Aufbereitung des Autors, der um Verurteilungen der »Nein-Stimmen« einen großen Bogen macht und das Wort der »demokratischen Opposition« (S. 6) prägt.

Das Herzstück der Arbeit markiert Kapitel 5, das die Analyse des institutionellen Kontextes und den länderspezifischen Debattenverlauf zum jeweiligen Referendum unter die Lupe nimmt. Kapitel 4 erörtert den Aufbau der Fallstudien. Schünemann geht in drei Schritten vor: Erstens prüft er die Vorgaben der Verfassung zur Gestaltung eines Referendums in Form dreier dichotomer Variablen – Art der Volksabstimmung: Referendum oder Volksinitiative; verfassungsrechtliche Stellung: obligatorisch oder fakultativ; rechtliche Qualität: rechtsverbindlich oder konsultativ. Zweitens analysiert der Autor das »Referendumsdispositiv«, eine von ihm über den bisherigen Forschungsstand hinausgehende und aus der Diskursanalyse entlehnte Kategorie, die u. a. im Rückgriff auf die Regulierung von Informations-

versorgung, Frageformulierung und Einsetzung einer neutralen Referendumskommission fragt, ob die konkreten Abläufe schwach, mittel oder streng verbrieft sind. Da Schünemann das Dispositiv als alle Regelungen und Normen umfassende Infrastruktur des Diskurses begreift (S. 60), fällt die Trennung zwischen erstem und zweitem Schritt künstlich aus – ist nicht gerade die Verfassung zentraler Part eines Dispositivs?

Als Fallbeispiele der Studie dienen sieben Referenden in sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten. Der Autor achtet auf Ausgewogenheit, so umfasst die Auswahl drei zustimmende Referenden (Dänemark, Spanien, Luxemburg) und vier ablehnende (Frankreich, Niederlande, Irland, Großbritannien). Die Ergebnisse illustriert er systematisch und anschaulich anhand zahlreicher Abbildungen und Tabellen. Die intensivste Tradition von Volksabstimmungen zeige Irland – dicht gefolgt von Dänemark, wohingegen in Spanien und Frankreich selten das Volk befragt werde – obwohl im Fall Frankreich die Verfassung Wert auf plebiszitäre Elemente lege. In den Niederlanden sei das Referendum über die Ratifizierung des Verfassungsvertrags am 1. Juni 2005 gar ein Novum. Auch die konkrete Ausgestaltung des Referendumsdispositivs falle stark unterschiedlich aus, in Irland und Großbritannien – hier trotz ungeschriebener Verfassung – streng, in Frankreich und Luxemburg schwach. Dänemark, Spanien und die Niederlande nehmen die Mittelposition ein (S. 153).

Die Erfahrungen der gescheiterten Referenden im Zuge des Verfassungsprozesses und des »Brexits« führen den Autor zu der These, direktdemokratische Elemente liefen der europäischen Integration entgegen. Gehören Referenden dieser Art also der Vergangenheit an? In der Tat sei auf europäischer Ebene eine Vermeidungstaktik zu beobachten, auf nationaler Ebene könne ein Referendum aber ein willkommenes Werkzeug sein, um »Druck« aus der Debatte zu nehmen (S. 186). Ob es in Deutschland in naher Zukunft ein Referendum geben wird? Nein – so die Antwort des Autors, der mit Rückgriff auf seine Analysen der Referendumsdispositive in den europäischen Nachbarländern die Langwierigkeit eines solchen Prozesses in einem Land offenbart, dessen Verfassung keine Volksentscheide auf nationaler Ebene kennt. Zum Schluss nimmt Schünemann nochmal Stellung: Sollte es dennoch Referenden

geben? Ja – wengleich die Referenden an der EU sägten, die EU müsse sie zulassen, »um als politische Gemeinschaft überlebensfähig zu sein« (S. 202).

Dem Autor gelingt es, aus dem »Verschnitt« (S. v) seiner Dissertation eine Leerstelle der vergleichenden Referendumsforschung zu füllen, indem er die institutionellen Kontexte der Referenden in und über Europa komparativ erhellt. Das Plädoyer für einen komplementären multimethodischen Ansatz überzeugt vor dem Hintergrund seiner Analysen, wengleich die Kritik an quantitativen Verfahren überwiegend auf Sekundärliteratur beruht. Auch fällt die Auseinandersetzung mit qualitativen Zugängen etwas knapp aus. Der einfache Sprachstil und die einführenden Kapitel zu Beginn des Buches machen es insbesondere für Studierende und als Literatur für Hochschulseminare wertvoll. Was für die Fachkollegen bleibt, ist der Aufruf, den paradigmatischen Streit um quantitative und qualitative Methoden zu überwinden und die Scheuklappen zugunsten eines besseren Verständnisses der Referenden über Europa abzulegen.

Isabelle-Christine Panreck

Werner WEIDENFELD: Europas Seele suchen Eine Bilanz der europäischen Integration, Baden-Baden: Nomos 2017, 557 S., € 98

Als sich das Osmanische Reich, dessen politischer Herrschafts- und Einflussbereich sich ab dem 16. Jahrhundert von Ungarn bis nach Ägypten und Algier erstreckt hatte, Anfang des 19. Jahrhunderts im Endstadium seines Zerfallsprozesses befand, kursierte in Europa das (von manchen Zeitgenossen heute aus ganz anderer Perspektive wieder aufgegriffene) Wort vom »kranken Mann am Bosphorus«. Inzwischen könnte man im Blick auf die die Europäische Union erschütternden zentrifugalen Tendenzen von der kranken Familie in Brüssel sprechen, der es zunehmend schwer fällt, einmütige Antworten auf die sie bedrängenden politischen Fragen zu finden. Zwar mühsam und nicht ohne enttäuschende Verzögerungen, aber letztlich doch erstaunlich gut gelungen war ihr der Aussöhnungs- und Einigungsfortschritt der europäischen Staaten nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges angesichts der neuerlichen Gefahrenlage durch den

Kalten Krieg zwischen Ost und West sowie – mit vielleicht allzu großer Beschleunigung – nach dessen Beendigung. Nun aber scheint dem forschen Aufbruch unversehens der Atem ausgegangen zu sein. Und dies in einer sowohl innen- als auch außenpolitisch äußerst prekären Situation, in der Europa angesichts des bevorstehenden Ausscheidens Großbritanniens aus der Union, der eklatanten Erosion der Rechtsstaatlichkeit in einigen osteuropäischen Ländern und der Belagerung seiner Grenzen durch eine Völkerwanderungsbewegung historischen Ausmaßes vor epochalen Herausforderungen steht. Auch die für nüchterne Beobachter eher etwas verzweifelt klingende Aufbruchs-Rede des Kommissionspräsidenten vom September 2017 mit ihren – angesichts der politischen Realitäten weithin illusorischen – Beschwörungen vermochte daran wenig zu ändern.

In dieser unverkennbaren Schicksalsstunde der Europäischen Integration legt Werner Weidenfeld, einer der erfahrensten, scharfsinnigsten und einfühlsamsten Beobachter des Einigungsprozesses der letzten Jahrzehnte, eine auf seinen kontinuierlichen Begleitkommentaren basierende Bilanz der Integrationsbemühungen vor. Er tut dies – einem Appell von Papst Franziskus folgend – unter dem schönen Titel *Europas Seele suchen*. Und darum geht es heute wohl in der Tat – um die Selbstvergewisserung Europas über das, was seine Eigentlichkeit ausmacht. Es ist zwar wohl weniger so, dass Europa die »diskursive Energie« ausgegangen ist (wie Weidenfeld anmerkt); die durchaus noch bald hier, bald dort unvermittelt aufflammende diskursive Energie äußert sich aber unter dem Eindruck mannigfacher Verunsicherungen seit geraumer Zeit eher in zentrifugaler denn zentripetaler Blick- und Marschrichtung. Inzwischen als gesichert und unverzichtbar Angenommenes wie die Zugehörigkeit des Kernlands der parlamentarischen Demokratie zur Union oder die Achtung der tradierten Grundsätze rechtsstaatlicher Ordnung in *allen* Mitgliedsländern erwies und erweist sich unversehens als brüchig. Obwohl oft Ergebnis langwieriger Fremd- und Selbstüberzeugungsprozesse wird das Erreichte – insbesondere Sicherheits- und Wohlstandsfortschritte – als mehr oder minder selbstverständlich, das dafür Aufgegebene – unbegrenzte nationale Souveränität und unbehelligte Geborgenheit im vertrauten Her-

kunftsmilieu – aber als umso schmerzlicher wahrgenommen. Und dies umso mehr, als die Sprengkraft der unaufhaltsam auf Europa zurollenden Migrationswellen die soziopolitische, soziokulturelle und letztendlich wohl auch soziökonomische Stabilität des Kontinents existentiell zu gefährden drohen und daher auch die trotz aller innenpolitisch motivierter Vertuschungs-, Verdrängungs- und Beschwichtigungstaktiken in der Zivilgesellschaft verbreiteten Ängste durchaus verständlich erscheinen lässt. Mehr oder minder hektische, im Alleingang unternommen Abwehr- und Eindämmungsversuche einiger Mitgliedsländer werden diese Sprengkraft allerdings nur noch weiter verstärken, weil sie die diffizilen innereuropäischen Solidaritätsmechanismen und damit auch das labile Gleichgewicht der Union noch weiter zu strapazieren drohen.

Wichtige Stichworte freilich für die ernsthafte(re)n Bemühungen um eine zukunftsfähige Gesamtstrategie könnten auch solchen Bestrebungen entnommen werden. Eine solche im Überlebensinteresse der Europäischen Union so bitter notwendige Gemeinschaftsstrategie anzumahnen, wird der auf der Suche nach der »Seele Europas« befindliche Autor nicht müde. Zu Recht erinnert er an das König Salomon zugeschriebene Wort, dass »ein Volk ohne Weissagung wild und wüst« werde. Nichts Anderes als dies kann ja die Rede von der Seele Europas bedeuten als dass die in der Union gebündelten politischen Kräfte sich bei den je und je zu treffenden und ins Werk zu setzenden Entscheidungen stets dessen bewusst bleiben, was Europa zur soziokulturell, soziökonomisch und soziopolitisch weit ausstrahlender Größe hat werden lassen – seine freiheitlich-fortschrittliche Geistigkeit, seine an mitmenschlicher Solidarität orientierte wirtschaftliche Tüchtigkeit und seine politische Befriedigungsenergie – Richtwerte, die nicht zuletzt im (insofern vorbildlichen) deutschen Grundgesetz in der normativen Trias von Rechts-, Volks- und Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck kommen. Eine Trias dies, die sich bei jedem rechtlich-politischen (Fort-)Schritt auch des europäischen Einigungswerks – bald bewahrend, bald neu gestaltend – im steten synergetischen Ringen um eine »praktische Konkordanz« (Konrad Hesse) zu bewähren hat. Ohne eine – bei aller Offenheit für interne soziokulturelle Vielfalt – in diesem Sinne zu wahrende Beseelung der europapolitischen Integrati-

onsimpulse ließe sich die bisherige Strahlkraft Europas auch außenpolitisch schwerlich bewahren. Und bei der Bewältigung der Implikationen und Konsequenzen von Europas zur Selbstaufhebung tendierenden sozioökonomischen Attraktivität – d. h. also bei der Suche nach einer innen- wie außenpolitisch sowohl sozialverträglichen als auch zukunftsfähigen Antwort auf die nicht enden wollenden Migrationsströme jeglicher Denomination – bedarf es einer ganz besonderen Seelenstärke. Einer besonderen Seelenstärke bedarf es deshalb, weil der nicht nur innenpolitisch gebotene legitime Impuls der Bewahrung des eigenen Lebensstils und der eigenen materiellen Lebenshöhe mit der ebenfalls zum Selbstverständnis des christlich geprägten Abendlandes gehörenden Bemühung um humanitäre Mitmenschlichkeit in einen zukunftsfähigen Einklang gebracht werden muss. Mit einem unter der Überlast ihrer Solidaritätsbemühungen zerbrechenden Europäischen Union wäre niemandem geholfen – weder denen, die sie nach bitteren Erfahrungen und mit großer Mühe zuwege und zustande gebracht haben, noch denen, die sie als – nach und nach zur Fata Morgana werdende – Rettungsinsel sehen. So unbequem diese Wahrheit auch sein mag (und so groß die Scheu, sie auszusprechen), so unausweichlich ist sie: Ohne tiefgreifenden Schaden auch an seiner Seele zu nehmen kann Europa (einschließlich der ohnedies den Löwenanteil übernehmenden Bundesrepublik Deutschland mit ihrem vorläufig noch attraktiven Sozialsystem) vielleicht mit Ach und Krach eine oder bestenfalls zwei Millionen Migranten verkraften – aber mit Sicherheit nicht drei oder noch mehr Millionen für die es das Traumziel schlechthin darstellt.

Verantwortungsethisch legitimierbare Ortsbestimmungen dieser und ähnlicher Art können auch durch die (zum Teil staatsrechtlich abgesicherten) internationalen Grundsätze und Abkommen zum Status von Asylsuchenden und zum Schutz von Flüchtlingen kaum in Frage gestellt werden, da die Letzteren allesamt unter dem Vorbehalt der völkerrechtlichen *clausula rebus sic stantibus* stehen, d.h. also bei einer grundstürzenden Veränderung der (z.B. Größen-)Verhältnisse auch im Zeichen strikter Rechtsstaatlichkeit relativierbar sind, was manche Willkommens-Politiker zu verkennen scheinen. Und dies umso mehr, als es sich bei der Mehrzahl der (ins-

besondere afrikanischen) Migranten weder um politisch Verfolgte noch um Kriegsflüchtlinge handelt (die auf ein zumindest zeitlich begrenztes Aufenthaltsrecht hoffen können), sondern um Menschen, die ein wirtschaftlich besseres Leben suchen und dabei in den Zielländern auf Menschen stoßen, die in immer geringerem Maße bereit sind, ihnen dies unter Verschlechterung ihrer eigenen Lebensbedingungen zu gestatten. Dass es dennoch ein Anliegen von »Europas Seele« sein muss, auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern der aus wirtschaftlicher Not Flüchtenden hinzuwirken ist unabweisbar. Ob dies in einer Weise gelingen kann, die Europa von dem auf ihm lastenden Migrationsdruck dauerhaft erlösen kann, wird abzuwarten sein. Ohne beherztere als die bisher wahrnehmbaren Anstrengungen wird dies jedenfalls ebenso wenig gelingen wie die institutionelle Selbstbehauptung und Weiterentwicklung des europäischen Einigungswerkes.

Nicht von ungefähr unterschieden die Römer – lange Großmeister in der Selbstbehauptung ihres Gemeinwesens – zwischen *anima* und *animus*, wenn sie von jener essentiellen Größe sprachen, die jedwede (wenn auch noch so enge oder weite) Welt »im Innersten zusammenhält«. Während man unter *anima* den – eher passiv zu verstehenden – Seelenhauch verstand, die »Seele« also, die man im abendländischen Verständnis beim Tod des Körpers »aushaucht«, bezeichnete der – umfassend verstandene – *animus* Beseeltheit in ihren dreifachen Grundfähigkeiten des Fühlens, Denkens und Wollens. Und nicht zuletzt darum geht es, muss es gehen, wenn Europas Seele beschworen wird – und nicht nur um die in den tradierten Erfahrungen und Überzeugungen inkarnierte *anima* Europas. Massimo Cacciari war es, Philosophieprofessor, langjähriger Bürgermeister von Venedig und Abgeordneter im Europäischen Parlament, der in seinem Buch über den *Archipel Europa* den nach vielen Irrfahrten seine Heimat Ithaka ansteuernden Odysseus zur europäischen Symbolfigur erhoben hat – ein mythischer Heros, mit dessen Bewegungsstil sich die »animierte« Trias von Klugheit, Achtsamkeit und Unterschiedenheit unschwer assoziieren lässt. Wie Europa in seiner gegenwärtigen Verfassung peitschen auch Odysseus die Wellen immer wieder ins Gesicht. Und doch hält er unbeirrbar an seinem Heimatkurs fest. Zu hoffen ist, dass dies für

die in der Europäischen Union Verbundenen auch weiterhin gelten wird – insbesondere aber, dass sie im Gefolge des »Brexite« nicht den Sirenenklängen einer Renationalisierung erliegen werden, als deren Folge für die auf ihre nationale Souveränität Pochenden nicht nur ein Rückfall in die überwunden geglaubten innereuropäischen Rivalitätskämpfe zu erwarten wäre, sondern überdies auch eine erhebliche Schwächung ihrer wirtschaftlichen Prosperität und ihrer (außen-)politischen Einflussmöglichkeiten. Nicht zuletzt den sich aller Voraussicht nach ständig verstärkenden Brandungswellen der im Gange befindlichen Völkerwanderung wären sie dann bis zur Selbstaufgabe nahezu hilflos ausgesetzt. Und die Rolle Europas als ökonomisch wie politisch und kulturell gewichtige Stimme im Konzert der Nationen wäre definitiv ausgespielt. Dass es bei einer solchen Entwicklung nur Verlierer geben würde und dass es zu dem Ziel, nicht nur die passive *Anima*, sondern vor allem auch den aktiven *Animus* Europas wiederzufinden, keine zukunftsfähige Alternative geben kann, sind sich alle Verständigen einig. Auch Werner Weidenfeld macht sich zum Sprachrohr einer solchen Allianz der Vernunft. Die Frage ist nur, wie diese odysseische Heimat- und Seelenfindung, zum Ersten, konkret aussehen könnte und wie sie, zum Zweiten, mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden müsste. Diese zweite Frage ist leichter zu beantworten als die erste: Ohne die unerschütterliche Hingabe nämlich an das – inmitten all der durch eine sich ständig verändernde Weltlage fast utopisch erscheinende – Ziel, Europa für alle Europäer zu einer Geborgenheit und Seinsgewissheit versprechenden, weil von gemeinsamen Erfahrungen, Erinnerungen und Kernüberzeugungen getragenen Heimat werden zu lassen, wird dieses Ziel schwerlich zu erreichen sein. Zuweilen muss man den Eindruck gewinnen, dass nur noch das (als solches auch nicht gering zu schätzende, aber eben doch) »nackte Kalkül« der Friedens- und Wohlstandssicherung, nicht aber mehr der über Europa hinausweisende und vielleicht auch seine weltpolitisch-historische Aufgabe begründende abendländische Atem die europapolitischen Debatten durchweht – jener Atem, der von den Gründungsvätern immer wieder mit der Geistigkeit Athens, der weit ausgreifenden Rationalität Roms und der Mitmenschlichkeit christlicher Provenienz und Prä-

gung nicht nur nüchtern wägend, sondern auch »beseelt« beschworen wurde. In seinem luziden Essay über »Die Zukunft der europäischen Seele« (Scheidewege, Bd. 47, Jg. 2017/18, S. 34 ff.) hat der Philosoph Harald Seubert hierzu viel Zutreffendes gesagt, das man in der Welt der Geistes- und Verfassungsgeschichte vielleicht weniger bewanderten Europapolitikern ins Stammbuch schreiben müsste. Wer sich auf die Suche nach der Seele Europas macht, kann in den von Seubert durchstreiften Gefilden unschwer fündig werden. Dass eine erfolgreiche Suche dieser Art allen Akteuren und ihren demokratischen Legitimationsbeschaffern ein Höchstmaß an Einsichts-, Rückerinnerungs- und Kompromissbereitschaft abverlangen wird, ist sehr wahrscheinlich. Wie das Ergebnis dann letztendlich aussehen wird – ob mehr oder weniger Integration, mehr oder weniger Immigrationstoleranz, mehr oder weniger ökonomischer Lastenausgleich etc. – ist dann aus gesamteuropäischer Perspektive fast schon nachrangig. Und vielleicht deshalb äußert sich auch ein so intimer Kenner des europäischen Integrationsprozesses wie Werner Weidenfeld zu

solchen Optionen kaum oder nur sehr verhalten. Angesichts der Tatsache, dass sich nicht nur die außenpolitische Szenerie, sondern auch die auf sie reagierenden innenpolitischen Verhältnisse laufend verändern, lässt sich dies auf seriöse Weise wohl tatsächlich nur durch eine interpretatorische Reaktion auf bevorstehende oder im Gange befindliche konkrete politische Schritte leisten. Von zentraler Wichtigkeit jedoch ist, dass der *Animus* Europas (Machiavelli hätte von *virtù* gesprochen) auf das – hier allgemein umschriebene – Ziel gerichtet bleibt und die politischen Akteure unter Beachtung der sich ständig verändernden *qualità dei tempi* (um bei Machiavelli zu bleiben) alle zielführenden *occasioni* nützen werden. Und hierzu hat auch Weidenfelds Appell unzweifelhaft beigetragen, von dem zu hoffen ist, dass er auch die sich unter vielen wohlmeinenden und beherzten Vorkämpfern des europäischen Projekts ausbreitende resignative Stimmung übertönen möge.

Peter Cornelius Mayer-Tasch